

# Notizen

Zum neuen Bischof von Aachen und damit zum Nachfolger des am 23. Januar letzten Jahres verstorbenen Bischof Klaus Hemmerle wählte das Aachener Domkapitel den 54jährigen, aus Rosendahl-Osterwick (Kreis Coesfeld) stammenden Offizial im Bistum Münster und Münsteraner Dompropst Heinz Mussinghoff. Überdiözesan war Mussinghoff in jüngster Zeit vor allem an den Verhandlungen zur Gründung der Diözesen Hamburg, Erfurt, Magdeburg und Görlitz beteiligt. Die Zahl der aus dem Bistum Münster stammenden Diözesanbischöfe in Deutschland steigt damit auf sieben (von insgesamt 28).

Am 5. Januar begann in Rom die 34. Generalkongregation der Gesellschaft Jesu. Die 33. Generalkongregation fand 1983 statt und wählte den gebürtigen Niederländer Peter Hans Kolvenbach zum neuen Ordensgeneral, die 32. bemühte sich 1974/75 um die Neuformulierung des Selbstverständnisses des Jesuitenordens (vgl. HK, September 1975, 472 ff.). Von der jetzt begonnenen Generalkongregation, an der 243 Delegierte teilnehmen, sind keine spektakulären Beschlüsse zu erwarten. Auf der Tagesordnung stehen u. a. das Nachwuchsproblem (es stellt sich in den meisten europäischen Ländern), Fragen der Ausbildung und der Zusammenarbeit mit Laien, die sich für einzelne Projekte oder für eine bestimmte Zeit im Orden engagieren möchten. Johannes Paul II. ermahnte die Gesellschaft Jesu zu Beginn der Generalkongregation, ihrem Gründungsauftrag ohne Zögern und Unklarheiten treu zu bleiben.

Das zurückliegende Jahr der Familie sowie Verlauf und Ergebnis der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo standen im Zentrum der traditionellen Ansprache Johannes Pauls II. an die Römische Kurie am 22. Dezember (Osservatore Romano 23. 12. 94). Die kirchliche Intervention gegen die völlig unannehmbaren Entwürfe des Kairoer Aktionsprogrammes habe bei Katholiken ebenso wie bei Muslimen und Juden ein positives Echo gefunden. Mit Blick auf den anstehenden Weltsozialgipfel im März in Kopenhagen wünschte sich der Papst eine wesentlich andere Ausrichtung als in Kairo, wo Tendenzen erkennbar gewesen seien, neue Ungerechtigkeiten auf Kosten der untersten sozialen Schichten der sogenannten Dritten Welt zu schaffen.

Die Zahl der Theologiestudierenden, die in der evangelischen Kirche in Deutschland Pfarrerinnen oder Pfarrer werden wollen, sinkt. Seit dem Höchststand von mehr als 11000 Theologiestudierenden Mitte der 80er Jahre ist ihre Zahl, nach Angaben der EKD, bis Ende 1994 kontinuierlich auf 7147 gesunken. Mit „gemischten Gefühlen“ verfolge man diese Entwicklung, erklärte der für die Ausbildung zuständige Oberkirchenrat Robert Mehlhose. Zwar normalisiere sich gegenwärtig erst der beängstigend hohe Andrang. Längerfristig sei jedoch zu bedenken, daß in absehbarer Zeit zahlenmäßig sehr starke Jahrgänge altersbedingt aus dem Pfarrdienst ausscheiden. Weiter zugenommen hat indessen der Frauenanteil unter den Theologiestudierenden; er liegt, Tendenz steigend, bei 40 Prozent.

Am 16. Dezember 1994 traf der EKD-Ratsvorsitzende, Landesbischof Klaus Engelhardt, in Rom mit Johannes Paul II. zusammen. Engelhardt überreichte dem Papst dabei die im Herbst verabschiedeten gleichlautenden offiziellen Stellungnahmen von VELKD und Arnoldshainer Konferenz zu den Verwerfungen des 16. Jahrhunderts. Die Stellungnahmen kommen zu dem Schluß, daß bestimmte Verurteilungen katholischer Lehre in den reformatorischen Bekenntnisschriften den Partner heute nicht mehr treffen. Die EKD-Vertreter trafen in Rom auch mit Kardinal Joseph Ratzinger und dem Päpstlichen Rat für die Einheit zusammen. Für dieses Jahr ist eine gemeinsame Studientagung von Einheitsrat und EKD vorgesehen, um das gegenseitige Verständnis zu vertiefen. Bei den Gesprächen in Rom hat sich offenbar gezeigt, daß die katholische Kirchengipfel die EKD als Gemeinschaft lutherischer, unierter und reformierter Kirchen schwer einordnen kann, da der katholische Ökumenismus stark bilateral orientiert ist.

In einer sogenannten „Heiligenkreuzer Erklärung“ bedauern die Wiener Jura- und Theologie-Professoren Gerhard Luf, Richard Potz und Günter Virt, daß der Katechismus der Katholischen Kirche (Nr. 2266) die grundsätzliche Legitimität der Todesstrafe auch unter den Voraussetzungen der Gegenwart festgeschrieben hat. Die Todesstrafe stehe im Widerspruch zur Menschenwürde, die in der Anforderung gründe, den Menschen auf unbedingte

Weise als ein freies, sittlich verantwortliches Subjekt zu achten und anzuerkennen. Die Todesstrafe setze streng genommen voraus, daß der Mensch seine Würde und damit auch sein Personsein verlieren könne. Eine solche Sicht sei gegenwärtig auch deshalb besonders gefährlich, da es in der philosophischen Debatte Autoren gebe, die – etwa im Zusammenhang mit der Euthanasiediskussion – Mensch- und Personsein zu trennen suchten.

Gegen gewaltsame Aktionen an Krankenhäusern, in denen Abtreibungen vorgenommen werden, wandte sich der Vorsitzende der französischen Bischofskonferenz, Erzbischof Joseph Duval von Rouen. In einer im Anschluß an die Sitzung des Ständigen Rates der Bischofskonferenz veröffentlichten Erklärung heißt es, gewaltsame Aktionen in Krankenhäusern nährten den Verdacht von Intoleranz in der Kirche. Demgegenüber müsse alles getan werden, damit die Gesetzgebung sich weiterentwickle und die Abtreibung nicht banalisiert werde. Eine formelle Verurteilung gewaltsamer Mittel bei solchen Aktionen enthält die Erklärung nicht, wie der Berichterstatter von „Le Monde“ (18./19. 12. 94) vermerkt. Verschiedene Gerichtsverfahren gegen militante Abtreibungsgegner hatten im vergangenen Jahr in der französischen Öffentlichkeit Aufsehen erregt.

Vier Angehörige der Ordensgemeinschaft der „Weißen Väter“, drei französische und ein belgischer Priester, wurden am 27. Dezember in Algerien ermordet. Die Attentäter werden den islamischen Fundamentalisten zugerechnet. In einer Reaktion auf den Anschlag meinte der Erzbischof von Algier, Henri Teissier, daß er trotz dieser Ermordung an die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens von Christen und Muslimen in Algerien glaube. Gott werde immer verraten, wenn in seinem Namen getötet werde. Teissier betonte, die Weißen Väter seien sich des Risikos bewußt gewesen, aber sie hätten „mit den Gläubigen alle Gefahren teilen wollen“.

## Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe sind das Jahresregister, eine Eigenwerbung (Verlegerbeilage) und einem Teil ein Prospekt des Verlages W. Kohlhammer, Stuttgart, beigelegt.